

Dkfm. Ferdinand Lacina *Fassung*

Vor- und Nachteile Österreichs

Die drei größten Vorteile der Industriepolitik Österreichs waren: Erstens hat es in Österreich keine Strategie der Entindustrialisierung gegeben. Die industrielle Basis im Land ist erhalten geblieben. Das hat aktuell dazu geführt, dass Österreich trotz starker Rückschläge vergleichsweise gut durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise gekommen ist. Andere Länder, die industriell ausgehöhlt worden sind und die stark auf Finanzdienstleistungen gesetzt haben, wie etwa Großbritannien, haben mit viel größeren Problemen zu kämpfen.

Zweitens haben die kleinen und mittleren Unternehmen in Österreich viele Jahre lang günstige Rohstoffe und Vorleistungen durch die Verstaatlichten Industrie erhalten. Zum Beispiel sind in Oberösterreich viele innovative Unternehmen von ehemaligen Mitarbeitern der Verstaatlichten gegründet worden.

Drittens ist Österreich keine „verlängerte Werkbank“ für ausländische Betriebe geworden, die hier Filialen gebaut haben, nur um von den günstigen Lohnkosten zu profitieren.

Das führt uns gleich zu den drei Nachteilen Österreichs: Wir haben bis heute kaum namhafte Konzerne mit Stammsitz in Österreich, die weltweit tätig sind. Österreich ist keine Basis für internationale Konzerne. Das hat historische Gründe, weil mit der Gründung der Ersten Republik die Industriezentren der vormaligen K&K-Monarchie weggefallen sind.

Zweitens Die ideologisch begründete Trennung zwischen verstaatlichter und privater Industrie hat Österreich nicht gut getan. Die Regierung hat sich dadurch oft selbst blockiert, notwendige Entscheidungen sind nicht oder erst verspätet getroffen worden. Diese ideologische Verstimmung innerhalb der schwarz-roten Bundesregierung hat z. B. so weit geführt, dass die VP-Regierungsmitglieder in den 1960er Jahren Verhandlungsrunden abgesagt haben, weil im vorgesehenen Verhandlungsraum eine Landkarte gehangen ist mit dem Titel „Österreichs National-Industrie“. Es hat andererseits auch die illusionäre Politik der „Staatsdividende“ gegeben und schließlich hat der Proporz dazu geführt, dass nicht immer die besten Leute in Entscheidungspositionen gekommen sind.

Drittens hat die Festlegung Österreichs als neutrales Land zu einem Ausschluss aus der Integration Europas geführt. Statt dem großen Markt EWG ist uns nur die Efta offen geblieben. Andererseits hat das auch Vorteile für Österreich gebracht: Es hat uns die alternative Wirtschaftsgemeinschaft Efta Märkte für Österreich eröffnet, wie zum Beispiel Skandinavien oder Großbritannien. Und, was nicht zu unterschätzen ist: es haben viele Unternehmen aus

EWG-Staaten in erster Linie deshalb Investitionen in Österreich getätigt, um in Efta-Märkten Fuß zu fassen.

Studie zum EWG-Beitritt

AK, ÖGB und Wirtschaftskammer gemeinsam, haben in den 60-er Jahren im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen eine umfangreiche branchenweise Studie zu den Auswirkungen eines eventuellen Beitritts gemacht. Demnach wäre die heimische Stahlindustrie kaputt gewesen, bei der Papier-, Nahrungs- und Genussmittel- und Elektroindustrie wäre es nicht so negativ ausgefallen. Die Stimmung gegenüber der EWG war in der SPÖ und im ÖGB auch sehr negativ. Europa war in den 1960er Jahren hauptsächlich von konservativen Politikern regiert. SPÖ-Bundesparteiobermann Pittermann hat ja immer vom „Europa der Kartelle und Konzerne“ gesprochen. Auch außenpolitisch war ein Beitritt zur EWG aufgrund des Ost-West-Konflikts für Österreich eine Illusion. Erst als Jacques Delors 1985 Vorsitzender der EU-Kommission geworden ist, ist die EU erstrebenswert geworden. Es war Franz Vranitzkys Verdienst, die SPÖ damals auf EU-Kurs gebracht zu haben, erleichtert dadurch, dass es damals auch viel mehr Linksregierungen in Europa gegeben hat.

Erfolgreiche Wirtschaftssysteme

Das kommunistische System hat sich ja selbst aufgelöst, in den USA gibt es ein veritables Problem: der „American Dream“, die Chance von ganz unten nach ganz oben zu kommen, ist ausgeträumt. Das Bildungssystem ist nicht mehr durchlässig und die Berufsausbildung mangelhaft.

Die USA haben sich de-industrialisiert, dadurch haben sie signifikante Nachteile am Weltmarkt. Sie haben Arbeitsplätze exportiert. Das tritt deshalb nicht so deutlich hervor, weil sie durch die Position als einzige militärische Supermacht und durch den US-Dollar als Leitwährung die eigenen Probleme exportieren können.

In Europa hat sich bis in die 1960er- und 1970er Jahre mehrheitlich die Illusion mechanischer Kontrolle der Gesamtwirtschaft im volkswirtschaftlichem Denken gehalten. Demnach sollte es die Möglichkeit geben, in Abläufe einzugreifen, sodass es große Wirtschaftskrisen vermieden werden.. Diese Illusion ist mit der Ölkrise 1974 zerborsten. Die Ideen der Planbarkeit sind auch durch die Politik von Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA in den 1980er Jahren zerstört worden. Sie haben neoliberale Denk- und Wirtschaftsmodelle umgesetzt. Und eigentlich prägen diese neoliberalen Modelle bis heute Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft.

Warum? Weil Wirtschaftswissenschaftler lieber ökonometrische Modelle entwickeln, die weit von der Praxis entfernt sind und die Wirklichkeit nicht oder kaum abbilden. Also bleiben die

2

neoliberalen Modelle die einzigen. Die Wirtschaftswissenschaftler haben keine Antworten und stellen nicht die richtigen Fragen. Für sie gilt: Je weiter weg von der wirtschaftspolitischen Aktualität, desto besser. Realistische Annahmen gelten als „unwissenschaftlich“. Modelle haben den Vorteil, nicht in die Tiefen der Realität gehen zu müssen.

Modernisierungsschübe in Österreich

Modernisierungsschübe hat es vor und nach dem Beitritt zur EU gegeben. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie zum Beispiel hätte sich ohne diesen Beitritt kaum verändert. Der Begriff „Austroporsche“ beschreibt einen weiteren Schub. Die massiven Auto-Importe hatten zuvor die österreichische Leistungsbilanz verschlechtert. Als Antwort hat die Politik in den 1970er Jahren den Anstoß gegeben zur Entwicklung von Zulieferprodukten für die KFZ-Industrie.

Stichwort General Motors-Motorenwerk in Aspern. Aber auch VW und Mercedes haben Zulieferer gesucht. Die Simmering-Graz-Pauker-Werke sollten damals ja auch zum VW-Standort umgebaut werden. Das ist aber an der Unfähigkeit des Managements gescheitert. Dennoch: dieser Aufbau der KFZ-Industrie mit ihren exakten Anforderungen hat zu einem spürbaren Modernisierungsschub geführt. Der wirkt ja bis heute.

Verstaatlichte

Das Verstaatlichtengesetz 1946 war der Versuch, diese Unternehmen dem Zugriff der Sowjets zu entziehen. Dazu kommt: Einen Riesenbetrieb wie die Hermann Göring Werke, also die spätere VÖEST, hat ohnedies in Österreich kein Privater übernehmen können. Die Verstaatlichte war dann stetig einem „Wechselbad der Wahlergebnisse“ ausgesetzt. Die haben vor allem auf die Personalpolitik Auswirkungen gehabt. Das war betriebswirtschaftlich nicht optimal. Es hat aber auch Manager gegeben, denen war ganz egal, ob jemand rot oder schwarz war, Hauptsache er war Freimaurer. Der damalige VÖEST-Chef Apfalter war so einer. Die Freimaurer haben eine ganz große Rolle in der Verstaatlichten gespielt. Apfalter war zuletzt eine schwierige Persönlichkeit. Wenn man einem Unternehmenschef keine schlechte Nachricht überbringen darf, weil man befürchten muss, für die schlechte Nachricht bestraft zu werden, dann ist das menschlich nachvollziehbar, aber unternehmerisch ganz schlecht.

Die Schlüsselindustrien waren in der Verstaatlichten Anfang der 1970er Jahre eine fixe Größe mit 125.000 Beschäftigten und verantwortlich für ein Viertel der österreichischen Exporte. Die Krise der Grundstoffindustrie in den 1970er Jahren war eine Folge der

3

Globalisierung, da sind enorme Kapazitäten in den Schwellenländern entstanden. Das hat natürlich die Verstaatlichte schwer getroffen. In ganz Europa war die Stahl- und Chemieindustrie dadurch in der Krise. Innerhalb Europas hat sich ein Krisenkartell gebildet, die Stahlwerke sind gezwungen worden, ihre Kapazitäten herunterzufahren. In einigen Ländern hat es Notverstaatlichtungen gegeben, etwa in Belgien, Italien und Schweden. So war die internationale Situation.

Zu diesen exogenen Faktoren sind noch innerösterreichische Wirkungskräfte dazugekommen. Zuschüsse an die Verstaatlichte waren nicht populär und Versuche, in die Finalindustrie zu gehen, sind am Widerstand der ÖVP gescheitert. Dazu sind noch heftige regionale Widerstände gegen Änderungen gekommen. Betriebe wie die Kestag in Ferlach, zum Beispiel, durfte nicht leben, aber auch nicht sterben. Ich war mit dem damaligen VÖEST-Chef Apfalter in Ferlach, dort hat unter anderem der Kärntner SPÖ - Landeshauptmann lautstark gegen Schließungspläne protestiert. Die Stimmung dort war derart gereizt, gerade, dass sie auf uns nicht eingeschlagen haben.

Eine Woche später gab es einen Termin beim Bundeskanzler Sinowatz, dort sagte Apfalter, das Kestag-Problem sei gelöst, statt in Hirtenberg würden künftig in Ferlach kleine Motoren für Modellflugzeuge und Stabilisatoren erzeugt. Am nächsten Tag rief mich der niederösterreichische AK-Präsident Hesoun an und fragt mich: „Seid ihr schon vollkommen deppert geworden, ihr wollt doch nicht wirklich Aufträge für Hirtenberg nach Kärnten vergeben.“ Natürlich sind die neuen Produkte niemals in Ferlach erzeugt worden.

„Betriebsratskaiser“

In Wirklichkeit ist das so gelaufen: Die Forderungen der Betriebsräte waren immer schon vorher mit der Unternehmensführung abgesprochen. Danach ist ein großes Theater inszeniert worden. Die Betriebsräte in der Verstaatlichten waren sehr mächtig, sie waren in privilegierten Positionen und manche haben so viel verdient, wie die Manager ihres Betriebs. Ihre entscheidenden Konflikte waren nicht die mit dem Management, sondern mit anderen Betriebsräten an anderen Standorten oder der Zentrale, also zum Beispiel das Match Linz gegen Wien.

Intertrading

1985 schließlich ist es zum finanziellen Desaster wegen der Öl-Spekulationen der VOEST-Tochter Intertrading gekommen. VOEST-Chef Apfalter und sein Finanzvorstand Alfred Koch sind im Herbst 1985 zum ÖIAG-Vorstandsvorsitzenden Oskar Grünwald gepilgert und Koch hat ihm dargelegt, es gebe wegen Fehlspekulationen „Schwierigkeiten im Ölbereich“, aber die VOEST werde das selbst finanzieren können. Apfalter hat das dort nicht kommentiert. Erst durch Medienberichte ist das tatsächliche Ausmaß der Verluste bekannt geworden.

4

Es gab ein Gespräch mit Bundeskanzler Sinowatz, Finanzminister Vranitzky und dem ÖGB-Präsidenten Benya. Dort habe ich gemeint „Das muss personelle Konsequenzen haben, drei Vorstände müssen gehen“, darunter Apfalter und Koch. Darauf hat Benya gemeint: „Nein, es müssen alle bleiben und das reparieren oder der gesamte Vorstand muss gehen“. Ich meinte: „Wir müssen glaubwürdig sein und Konsequenzen ziehen.“ Daraufhin sagte Sinowatz – sehr zur Überraschung aller: „OK, dann müssen alle gehen, es gilt die Gesamtverantwortung des Vorstands.“ Ich glaube nicht, dass Benya mit seiner Wortmeldung das erreichen wollte.

Ich wollte Rudolf Streicher als neuen VOEST-Vorstandschef, aber der VOEST-Zentralbetriebsrat Ruhaltinger hat sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt und Benya und die Teilgewerkschaften dagegen mobilisiert. Also ist es Richard Kirchwegger geworden, der Generaldirektor der Chemie Linz AG. Bald darauf ist bekannt geworden, dass auch die Merx, die Handelsgesellschaft der Chemie Linz, unter der Ägide Kirchweggers mit Öl spekuliert und dabei Verluste gemacht hat. Also musste ein neuer Manager her, das war dann Herbert Lewinsky. Er hat zwar als Vorstand des Ölkonzerns Mobil in Deutschland Erfahrung mit Ölgeschäften gehabt, er hat die VOEST dann aber schlecht geführt.

Verstaatlichte politikfrei?

Die unter der Schüssel-Regierung umgesetzte Idee, dass der ÖIAG-Aufsichtsrat sich selbst generiert, ist krank. Sie führt zu einer Freunderlwirtschaft, die wurde in der ÖIAG perpetuiert. Abgesehen davon: Eines der schwierigsten Themen ist die Auswahl der Führungspositionen. Es ist oft so, dass der Mensch sich sehr verändert, kaum ist er in einer Spitzenposition gelandet. Es steigt ihm vulgo „der Papp ins Hirn“, das passiert übrigens nicht nur in der Wirtschaft..

CA-Privatisierung

CA und Länderbank waren mehrheitlich Staatsbanken, bis sich die Republik entschlossen hat, die beiden Banken zu verkaufen. Es war zu einer Zeit, als es keine hohe Wertschätzung für staatliches Eigentum gegeben hat. Das war Anfang der 1990er Jahre. Mit Josef Taus, dem VP-Mann für Banken wurde folgendes ausgemacht: Die Girozentrale übernimmt die Erste Bank, die Zentralsparkasse (Z) scheidet aus dem Sparkassensektor aus und übernimmt die Länderbank. Das Ausscheiden der Z war den VPlern wichtig, weil sie befürchtet hatten, die Z kassiert eine Gemeindesparkasse nach der anderen. Das Ausscheiden der Z aus dem Sektor und die Fusion mit der Länderbank haben danach auch geklappt, daraus ist die Bank Austria entstanden. Nicht funktioniert hat die Übernahme der Erste Bank durch die

5

Girozentrale. Die Erste Bank wollte sich nicht übernehmen lassen, in der Folge hat die Erste Bank 1997 umgekehrt die Girocredit (ehemals Girozentrale) gekauft.

Der damalige EVN-Direktor Gruber ist gemeinsam mit Raiffeisen-Chef Konrad zum damaligen VP-Staatssekretär Dietz und zu mir gekommen und haben uns eröffnet: „Wir wollen die CA übernehmen“. Das sollte durch eine Fusion vonstattengehen, bei der Raiffeisen die Mehrheit bekommen sollte. Auf meine Frage, wie viel Geld dieser Deal dem Budget bringen würde, kam die Antwort: „Eigentlich keines“.

Na, es gab dann ein zweites Gespräch mit dem Tenor, die Republik würde zum Teil ausgekauft werden. Ich habe dann gefragt, wer der Partner ist, der sich zusätzlich beteiligen will. Die Antwort war: „Das dürfen wir nicht sagen.“ Daraufhin habe ich deutlich gemacht, dass ich nicht bereit bin, Deals mit Unbekannten, mit Kapuzenträgern zu machen. Das war eine sehr absurde Situation.

Es gab danach ein interessantes Angebot aus der Schweiz. Der Generaldirektor der Schweizerischen Kreditanstalt hat gemeint, er kenne sich in Osteuropa nicht aus, die CA aber sehr wohl, also würden die Schweizer gerne die CA übernehmen. Ich habe gemeint, ich könne mir eine Drittelbeteiligung vorstellen, mit einer Option auf die Mehrheit der CA. Allerdings nur unter Sicherung des österreichischen Einflusses, die Konzernzentrale müsse in Wien bleiben. CA-Chef Schmidt-Chiari war aber dagegen und hat die damalige Nationalbank-Präsidentin Schaumayer als Verbündete gewonnen. Die hat den zeithistorischen Satz gesagt: „Das Schweizer weiße Kreuz auf rotem Grund wird niemals am Schottentor wehen.“

Bald darauf hat ja die Bank Austria die CA übernommen. Das war 1997 unter Finanzminister Viktor Klima. Ich war damals schon in der Girocredit und habe gemeint: „Ich halte das nicht für gescheit.“ Die ÖVP hat diese Übernahme der CA durch die Bank Austria der SPÖ dann jahrelang nicht verziehen.

Steuerpolitik/Vermögensteuer

Der Körperschaftsteuersatz lag die längste Zeit bei 55%, der Spitzensteuersatz der Einkommen bei 62%. Aber die Vielzahl der Vergünstigungen haben diese Sätze in Realität sehr stark verringert. Wir haben beide Steuersätze gesenkt, wobei der Effekt war, dass jemand, der vorher keine Begünstigung in Anspruch nehmen konnte, an der Steuerreform verdiente – und umgekehrt. Es war auch psychologisch wichtig, zu realen Steuersätzen zu kommen.

Die Vermögensteuer hat damals der Wirtschaft zu schaffen gemacht, weil sie die Betriebe sehr belastet hat. Sie war fast ausschliesslich eine Betriebssteuer und mit hohem Verwal-

6

tungsaufwand verbunden. Wir haben auch das Stiftungsrecht neu geregelt mit der Absicht, Steuerflucht einzudämmen, Kapital in Österreich zu halten und, wenn möglich, Kapitalzuflüsse zu generieren. Das ist auch gelungen.

Zukunft der heimischen Wirtschaft

Es ist zu fürchten, dass sich die Unterbeschäftigung als Dauerzustand etablieren wird. Keynes ist in den 1930er Jahren davon ausgegangen, dass in 50 Jahren nur noch 20 Stunden pro Woche zu arbeiten sein wird. Er hat die „Bedarfsweckung“ weit unterschätzt. Was können wir sinnvollerweise tun? Notwendig ist eine neue Etappe der Arbeitszeitverkürzung, egal, ob durch verlängerten Urlaub oder verkürzte Arbeitszeit. Es ist auch weibliche Leistung viel zu schlecht bezahlt – zum

Beispiel die von Kindergärtnerinnen, Pflegerinnen und Krankenschwestern. Leider haben die Gewerkschaften einen grossen Teil ihrer Basis verloren, diese Schwächung der Arbeiterbewegung wird, so fürchte ich, anhalten. Aktuell müssen Anreize für Investitionen geschaffen werden, wenn Österreich nicht zurückfallen soll.